

## Medienmitteilung

02.11.2011

---

Thema Parolen für die Abstimmung vom 27. November 2011

---

Für Rückfragen Tiana Moser, Mob: 076 388 66 81  
Thomas Maier, Mob: 078 652 06 50

---

Absender Grünliberale Kanton Zürich  
Tel : 044 701 24 00 email : [zh@grunliberale.ch](mailto:zh@grunliberale.ch),  
Website : [www.grunliberale.ch](http://www.grunliberale.ch)

---

Datum 2. November 2011

**Der kantonale Vorstand der Grünliberalen Kanton Zürich hat an seiner letzten Sitzung die Nein Parolen zu den Volksinitiativen „Für faire Ferien“ und „Stau weg“ für die Abstimmung vom 27. November 2011 gefasst. Die Ja Parolen zu den Flughafenvorlagen wurden bereits im April 2009 bestimmt.**

**JA zum Gesetz über den Flughafen Zürich (Keine Neu- und Ausbauten von Pisten), JA zum Gegenvorschlag von den Stimmberechtigten, Und in der Stichfrage Vorlage B (Gegenvorschlag)**

Das neue Gesetz zum Flughafen Zürich geht auf eine Behördeninitiative vieler Gemeinden des Kantons Zürich zurück und fordert einen Verzicht auf Neu- und Ausbauten des bestehenden Pistensystems. Die glp sprach sich immer gegen jede Pistenveränderung (inkl. Abrollwege) aus, da diese in jedem Fall zu einer Kapazitätserweiterung führen. Die grünliberalen wollen ein massvolles statt ein unbegrenztes Wachstum beim Flughafen Kloten, der seinen Zweck erfüllt und die Menschen dabei möglichst wenig mit Lärm und Schadstoffen belastet. Das heutige Pistensystem ist hierzu völlig ausreichend, da es dem Flughafen ein weiteres massvolles Wachstum bis hin zu 320'000 Flugbewegungen pro Jahr ermöglicht. Es muss nicht weiter ausgebaut werden. Deshalb unterstützen die Grünliberalen sowohl die Hauptvorlage als auch den Gegenvorschlag. Die glp bevorzugt den Gegenvorschlag, weil er zusätzlich die Schnellabrollwege oder Änderungen am Betriebsreglement miteinbezieht. Die zu masslosen Kapazitätssteigerungen führen können. Der Wirtschaftsraum Zürich und Schweiz braucht einen guten, rentablen und funktionierenden Flughafen. Für den Standort sind aber viele weitere Faktoren von nicht kleinerer Bedeutung: gute Luftqualität, Ruhe und Erholung, um nur einige zu erwähnen. Die starken negativen Auswirkungen des Flughafens, wie die Lärmbelastung, sind also im Einklang mit dem wirtschaftlichen Nutzen in gesunde Bahnen zu lenken. Genau diesen Spagat schafft der Gegenvorschlag. Er ist wohl in weiter Zukunft die letzte echte Möglichkeit eines breit abgestützten und sinnvollen Konsenses rund um die Flughafenfrage im Kanton Zürich.

### Nein zur Volksinitiative „Für faire Ferien“

Die kantonale VI fordert für das kantonale Personal fünf Wochen Ferien im Minimum. Bisher steht im Personalgesetz nur, dass der RR den Ferienanspruch regelt, ohne explizites Minimum oder Maximum. Daher gilt das vom Bund festgesetzte Minimum von 4 Wochen. In den meisten KMU und damit fast allen kleineren und mittleren Unternehmen gelten nach wie vor die heute üblichen 4 Wochen Ferien. Das Stellenprofil der öffentlichen Verwaltung weist diverse Pluspunkte auf, die kantonale Jobs nach wie vor attraktiv und damit sehr konkurrenzfähig machen, wie z.B. die äusserst sichere Arbeitsstelle, flexible Arbeitszeiten, klare Jahressollarbeitszeiten, etc. Eine Erhöhung der Ferien würde zu einem Mehrbedarf an Personal und somit Kosten führen, die im jetzigen Moment nicht tragbar sind. Zudem hat der Regierungsrat die Kompetenz, den Ferienanspruch zu regeln, und so auf sich verändernde Marktsituationen adäquat und zeitnah zu reagieren. Die Grünliberalen lehnen die Volksinitiative „Für faire Ferien“ somit ab.

### Nein zur Volksinitiative „Stau weg“

Konkret sollen in der vorliegenden VI folgende im Zürcher Verkehrsrichtplan enthaltene Bauprojekte mit Realisierungshorizont bis 2025 umgesetzt werden: Glattalautobahn, Oberlandautobahn, Ausbau Umfahrung Winterthur, Stadttunnel, Waidhaldetunnel und Westast Zürich. Zudem sind vom Bund betriebliche Massnahmen (Standstreifenumnutzungen, Wechselsignalisationen usw.) als Sofortmassnahmen zur unmittelbaren Verbesserung der Stausituation im Wirtschaftsraum Zürich zu realisieren». Diese VI liegt überhaupt nicht auf der Linie grünliberaler Politik und beschäftigt vor allem die kantonale Administration. Sie ist ein totaler bürokratischer Unsinn, denn sie schickt einzig und allein eine Standesinitiative nach Bern - mit dem ganzen Aufwand einer kantonalen Volksinitiative inkl. Abstimmung. Die Grünliberalen lehnen diese völlig unnötige und unsinnige VI klar ab.